

Schengen und die Schweiz

Ein Dossier über die Schengen-Kooperation und die innenpolitischen Konsequenzen einer Schweizer Schengen-Assoziation

Solidarité sans frontières
Neuengasse 8
3011 Bern
Tel.: 031-311 07 70
Fax.: 031-311 07 75
sekretariat@sosf.ch (Preis: Fr. 5.-)

6 Für eine bürgerrechtliche Strategie - europäisch, menschenrechtlich, von unten

Das EJPD verfolgt mit seiner Perspektive der Schengen-Assoziation vor allem innenpolitische Ziele. Jenseits der Frage, ob man einen EU-Beitritt befürwortet oder nicht, muss es für alle, denen an den Bürgerrechten und einer demokratischen Schweiz gelegen ist, klar sein, dass willkürliche Polizeikontrollen und eine weitere Zentralisierung des schweizerischen Polizeisystem abgelehnt werden müssen.

Mit der Europa-Frage tun sich die menschenrechtlich orientierten Gruppierungen der Schweiz und mit ihnen die politischen Organisationen der Linken seit langem schwer. Ein Teil optiert für einen Beitritt zur EU, ein anderer lehnt diesen Beitritt grundsätzlich ab. Auch denjenigen, die für einen schnellen EU- Beitritt plädieren oder den Beitritt für unumgänglich halten, sollte jedoch klar sein, dass die blosse Schengen-Assoziation auf diesem Wege nicht weiter führt. Ganz im Gegenteil: es gibt keinen Grund, weswegen man dem EJPD und dem Bundesrat erlauben sollte, die repressiven Rosinen aus der EU zu picken und alles was an der EU ansatzweise nach sozialem Fortschritt, nach mehr Rechten für ArbeitnehmerInnen, nach Gleichstellungspolitik, nach politischer Öffnung, ja selbst nach liberalerer Ausländerpolitik riecht, ablehnen zu können. Der bilaterale Weg rückt den EU-Beitritt vielmehr in weite Ferne. Für eine blosse Schengen- Assoziation besteht daher kein Grund.

Andererseits müssen auch die EU-GegnerInnen zur Kenntnis nehmen, dass sich die Schweiz weder auf polizeilichem noch auf ausländer- und asylpolitischem Gebiet grundsätzlich von den repressiven Strategien und der sicherheitspolitischen Obsession der EU-Staaten absetzt. Sie ist nicht die liberale und demokratische Alternative, die man aus bürgerrechtlicher Sicht der EU entgegensetzen könnte. Sie ist vielmehr ohne EU-Mitglied zu sein - auf bilateralem Wege -, zu deren repressivem Musterknaben geworden. Gerade weil wir gegen dieselben repressiven und ausgrenzenden Strategien kämpfen müssen, mit denen sich auch die bürgerrechtlichen und linken Organisationen in den EU- Staaten auseinandersetzen, ist es dringend an der Zeit, dass wir selbst von unten den Kontakt über die Grenzen knüpfen, dass wir uns - EU-Beitritt hin oder her - europäisch-links-unten definieren. Die Tatsache, dass die Grenzen zu den EU-Nachbarn so greifbar nahe sind, sollte uns befähigen, dieser Orientierung auch Taten folgen zu lassen.